

Niederschrift

zur 4. öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung am Freitag, dem 01. Juli 2016, um 20:00 Uhr, im Gemeinschaftsraum der Altenstadthalle

Es waren anwesend:

Von der Gemeindevertretung

SPD-Fraktion

Brando, Markus
Dietzel, Dieter
Seitz, Jürgen
Schilling, Sabine
Fröhlich, Gisela
Voß, Jan
Keßler, Dominik

CDU-Fraktion

Vogler, Daniela
Keim, Christian
Leonhardt, Falk
Mikusch, Helmut
Wenzel, Anja
Müller-Winter, Sven
Messerschmidt-Holzapfel, Otto
Stahl, Pia

FWG-Fraktion

Pinsel, Lucia
Urbanek, Klaus-Dieter
Korn, Elke
Dr. Jachens, Arne

Bündnis90/Die Grünen

Ventulett, Karl
Lederer, Gisela
Reifschneider, Ursula
Lederer, Martin
Heidke, Norbert

FDP-Fraktion

Platen, Christoph
Baumann, Natascha
Bialek, Armin

NPD-Fraktion

Jagsch, Stefan
Jeckel, Marcel
Würz, Tobias

Vom Gemeindevorstand

Syguda, Norbert
Zientz, Werner
Baumann, Michael bis TOP 04/0047
Vogler, Michael
Wehr, Harro
Wörner, Horst
Hufnagel, Eva

Schriftführer:

Imhof, Dominic

Es fehlten entschuldigt:

Von der Gemeindevertretung

Agdas, Ali Rizza
Horn, Rebecca
Sulzmann, Peter
Lipp, Sabine
Ott, Lukas
Wenzel, Anja
Bauer, Diana

Vom Gemeindevorstand

Weil, Günther
Pfeffer, Claus

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Jürgen Seitz, eröffnete die Sitzung um 20.03 Uhr, stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und begrüßte alle Anwesenden.

Festlicher Teil:

04/0047 Ehrung ausgeschiedener Mandatsträger und Verleihung von Ehrenbezeichnungen

Bürgermeister Syguda und der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Seitz, verabschiedeten die Anwesenden ehemaligen Mandatsträger Kurt Jungkind (Ortsbeirat Altstadt) und Carl Pinsel (Ortsbeirat Lindheim), dankten ihnen für die geleistete Arbeit und übergaben ein Präsent.

Anschließend wurden folgende Ehrenbezeichnungen von Herrn Seitz und Bürgermeister Syguda verliehen:

Herr Erwin Kötter erhielt die Ehrenbezeichnung „Ehrenbeigeordneter“
Herr Franz Roos erhielt die Ehrenbezeichnung „ Ehrenortsvorsteher“.

Beschlussfassung:

04/0048 Beschlussfassung über Einwendungen zur Niederschrift

Es lagen keine Einwendungen über die Niederschrift zur 3. öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung am 03. Juni 2016 vor.

04/0049 Mitteilungen und Bericht des Bürgermeisters

1. Der Gemeindevorstand hat festgelegt, dass im Baugebiet „Die Beune Teil II“ in Höchst LED-Leuchten vom Typ Siteco mini mit einer Lichtpunkthöhe von 4,50 m zur Ausführung kommen.
2. Einem Ingenieurbüro aus Gießen wurde der Auftrag zur Durchführung der Bauleitplanverfahren zur Realisierung des Baugebietes Oberau Süd Teil III in Höhe von rd. 33.500 € einschl. MwSt. erteilt. Gleichzeitig wurde einem Ingenieurbüro aus Grünberg der Auftrag zur Erstellung eines Erschließungskonzeptes im Rahmen des Bauleitplanverfahrens zur Realisierung des Baugebietes Oberau Süd Teil III in Höhe von 2.500 € einschl. MwSt. erteilt.
3. Einem Planungsbüro aus Freigericht wurde der Auftrag für die Ingenieurleistungen für die Ausführung der grundhaften Erneuerung der Gehwege mit Bordstein und Rinnen im Finkenweg in der Waldsiedlung in Höhe von rd. 22.600 € incl. MwSt. erteilt.
4. Zudem wurde der Auftrag zur Durchführung der grundhaften Erneuerung der Gehwege mit Bordstein und Rinnen sowie der Stichwege und Reparatur der Straße im Fasanenweg an eine Firma aus Eiterfeld in Höhe von rd. 577.000 € incl. MwSt. erteilt.
5. Ein Büro aus Raunheim wurde mit den Ingenieurleistungen der Bauüberwachung für den Weiterbau des Limesradweges zum Gesamthonorar von 45.815 € incl. MwSt. beauftragt. Davon entfallen in der Summe 26.114,55 € incl. MwSt. auf die Gemeinde Altstadt und

19.700,45 € incl. MwSt. auf die Stadt Florstadt. Die Stadt Florstadt hat der Auftragsvergabe zugestimmt.

6. Das Hessische Ministerium des Inneren und für Sport hat auf Antrag der Gemeinde Altenstadt hin aus dem Förderprogramm „Sport und Flüchtlinge“ eine Fördersumme von 5.000 € für das Jahr 2016 bewilligt. Die Gemeinde Altenstadt hat sich hierfür einem Sportcoach zu bedienen, dessen Aufgabe die Integration der hier lebenden Flüchtlinge in die ortsansässigen Sportvereine ist. Diese Funktion wird Frau Margit Stüber aus Oberau wahrnehmen.
7. Bürgermeister Syguda informierte über ein Schreiben des Hessischen Ministerpräsidenten zur Umgehungsstraße. Das Schreiben ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

04/0050 Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern

1. Es wurde angeregt, dass an dem Feldweg parallel zur Böhmenstraße (beim Telefonhaus) eine Hundetoilette aufgestellt wird.
2. Zur beabsichtigten Stilllegung der stationären Geschwindigkeitsmessanlage am Ortseingang von Altenstadt aus Richtung Autobahn kommend wurde durch einen Bürger mitgeteilt, dass dieser dagegen sei. Eine schwenkbare Anlage wäre damals vorteilhafter gewesen. Auch könnte an dieser Stelle ortsauswärts eine mobile Geschwindigkeitsmessung durchgeführt werden. Bürgermeister Syguda teilte hierzu mit, dass die Zahlen der Anlage weit rückläufig sind. In beiden Fahrtrichtungen messen ging in diesem Bereich aufgrund der breiten Fahrbahn nicht, da dann der Fahrer durch die A-Säule verdeckt werden würde. Der Hinweis wird jedoch in die weitere Beratungen zu dem entsprechenden Tagesordnungspunkt mit aufgenommen.

04/0051 Antrag der CDU-Fraktion: Warmwasserversorgung in den Kindertagesstätten der Gemeinde Altenstadt;
Änderungsantrag der FWG-Fraktion: In der KiTa Oberau, entsprechend der übrigen KiTAs, ist eine ausreichende Warmwasserversorgung zu installieren

Auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses wurde folgender Beschluss fasst:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Ausschreibung innerhalb der regionalen Betriebe durchzuführen.

Realisiert werden soll eine ausreichende Warmwasserversorgung (mindestens lauwarmes Wasser an mindestens zwei Waschbecken pro Raum) aller Gruppenräume (Toiletten-/Waschräume). Eine zeitnahe Durchführung ist anzustreben.

Der Beschluss wurde mit 26 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen gefasst.

04/0052 Antrag der CDU-Fraktion auf Einrichtung von W-LAN-Hotspots in der Gemeinde Altenstadt

Auf Empfehlung des Ausschusses für Bau, Planung und Verkehr wurde folgender Beschluss gefasst:

Die von der YPLAY kostenfrei angebotenen und nachfolgend aufgeführten Standorte werden schnellst möglichst aktiviert:

Altenstadthalle
Feuerwehrhaus Altstadt
Kindergarten Altstadt
Grundschule Altstadt
Jugendclub an der Altenstadthalle
Rathaus Altstadt

DGH Heegheim
Feuerwehrhaus Heegheim

Feuerwehrhaus Höchst
Grundschule Höchst
Gymnastikhalle Höchst
Kindergarten Höchst

Bürgerhaus Lindheim
Grundschule Lindheim
Kindergarten Lindheim
Feuerwehrhaus Lindheim

Feuerwehrhaus Oberau
Kindergarten Oberau
Waldsporthalle Oberau

Feuerwehrhaus Rodenbach

Kindergarten Waldsiedlung
Gemeinschaftshaus Waldsiedlung

Die Gewerbebetriebe und der Gewerbeverein sind für den Aufbau weiterer Standorte in der Vogelsbergstraße einzubeziehen.

Die Ortsbeiräte sind über die kostenfreien Standorte zu informieren und darauf hinzuweisen, dass andere Standorte Investitionen und Folgekosten auslösen.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

04/0053

Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich „Nördlich der Obergasse“ im Ortsteil Altstadt

1. Beratung und Beschlussfassung über eingegangene Stellungnahmen während der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (1) BauGB und der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB
2. Einstellung des Verfahrens
3. Prüfung einer möglichen Wohnbaufläche im Bereich „In der Wolfskehle / Huhllache / Rohräcker“ in der Gemarkung Altstadt

Die Gemeindevertreter Otto Messerschmidt-Holzappel und Daniela Vogler sowie das Mitglied des Gemeindevorstandes Herr Michael Vogler verließen gemäß § 25 HGO – Widerstreit der Interessen – den Sitzungssaal.

Der Ausschuss für Bau, Planung und Verkehr hat in seiner Sitzung am 27. Juni 2016 folgenden Beschlussvorschlag abgegeben:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, den Bereich „In der Wolfskehle / Huhlache / Rohräcker“ in der Gemarkung Altstadt für die Ausweisung als Wohnbaufläche zu prüfen. Mit HessenMobil und den anderen maßgeblichen Behörden ist über eine Verlegung der L 3189 in westlicher Richtung, außerhalb des geplanten Baugebietes zu verhandeln. Die Anbindung an die B 521 soll, unter Berücksichtigung der geplanten Ortsumgehung, so weit wie möglich nach Westen verschoben werden.

Die Anbindung in nördlicher Richtung an die bestehende Trasse der Landesstraße sollte so weit wie möglich im Norden, von der Ortslage Altstadt entfernt, erfolgen.

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen beantragte die Rückstellung des Tagesordnungspunktes und Behandlung im Rahmen der Beratung für den Haushaltsplan 2017.

Die SPD-Fraktion beantragte die Überweisung des Tagesordnungspunktes an den Haupt- und Finanzausschuss mit der Klärung folgender Fragen:

1. Was kostet die vom Ausschuss Bau, Planung und Verkehr empfohlene Prüfung?
2. Was kostet ggf. die Verlegung der Landesstraße (Gesamtkosten und Aufteilung)?

Es wurde anschließend wie folgt abgestimmt:

Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen wurde mit 6 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde mit 22 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 5 Enthaltungen angenommen und der Tagesordnungspunkt somit an den Haupt- und Finanzausschuss zur weitere Beratung überwiesen.

04/0054 Organisations- und Personalanalyse für die Kernverwaltung der Gemeinde Altstadt

Bürgermeister Syguda erläuterte kurz den Hintergrund der Organisationsuntersuchung und beantragte den Tagesordnungspunkt an den Haupt- und Finanzausschuss zu überweisen. Der Verfasser dieser Analyse soll hierzu eingeladen werden. Es wird empfohlen, das Gespräch und die Beratung im Ausschuss im nicht öffentlichen Sitzungsteil durchzuführen.

Der Tagesordnungspunkt wurde anschließend einstimmig an den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen.

04/0055 Stationäre Geschwindigkeitsmessenanlagen in Altstadt

Die SPD-Fraktion beantragte die Rückstellung des Tagesordnungspunktes bis zur Haushaltsberatung und Darlegung von Zahlen zu Unfallpunkten in Altstadt.

Die CDU-Fraktion bittet in diesem Zusammenhang auch, dass der Einsatz von mobilen Geschwindigkeitsanzeigetafeln geprüft werden soll.

Dem Antrag der SPD-Fraktion mit Ergänzung der CDU-Fraktion wurde anschließend 25 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen zugestimmt.

04/0056 Investitionsauszahlungen der Gemeinde Altstadt bis 31.12.2015

Die vorgelegte Aufstellung über die bis zum Stichtag 31.12.2015 geleisteten Auszahlungen der Investitionen für die Gemeinde Altstadt wurde zur Kenntnis genommen.

04/0057 Investitionsauszahlungen der Gemeinde Altstadt bis 31.05.2016

Die vorgelegte Aufstellung über die bis zum Stichtag 31.05.2016 geleisteten Auszahlungen der Investitionen für die Gemeinde Altstadt wurde zur Kenntnis genommen.

04/0058 Investitionsauszahlungen der Gemeindewerke Altstadt bis 31.12.2015

Die vorgelegte Aufstellung über die bis zum Stichtag 31.12.2015 geleisteten Auszahlungen der Investitionen für die Gemeindewerke Altstadt wurde zur Kenntnis genommen.

04/0059 Investitionsauszahlungen der Gemeindewerke Altstadt bis 31.05.2016

Die vorgelegte Aufstellung über die bis zum Stichtag 31.05.2016 geleisteten Auszahlungen der Investitionen für die Gemeindewerke Altstadt wurde zur Kenntnis genommen.

04/0060 Antrag der SPD-Fraktion zur Einrichtung einer Gemeinde-App für Altstadt

Die SPD-Fraktion beantragte die Kontaktaufnahme seitens des Gemeindevorstandes mit den Verantwortlichen der Gemeinde Wölfersheim, um die Möglichkeiten und Aufwendungen zur Übernahme der dort verwendeten App als Grundlage zur Anpassung einer App der Gemeinde Altstadt zu prüfen.

Die Ergebnisse hieraus sollen dann dem Haupt- und Finanzausschuss bis zum Oktober diesen Jahres vorgestellt werden, so dass ein schnellstmöglicher Beginn einer eigenen App für Altstadt beginnen kann.

Die CDU-Fraktion stellte daraufhin folgenden Ergänzungsantrag:

Ergänzung nach Satz 1 des Antrages der SPD-Fraktion:

Zugleich soll überprüft werden, inwieweit in alternative zu einer Gemeinde-App die Homepage der Gemeinde Altstadt derart gestaltet werden kann, dass diese auch auf mobilen Endgeräten funktionsfähig und nutzbar ist.

Es wurde anschließend folgender Beschluss gefasst:

Der Gemeindevorstand hat Kontakt mit den Verantwortlichen der Gemeinde Wölfersheim aufzunehmen, um die Möglichkeiten und Aufwendungen zur

Übernahme der dort verwendeten App als Grundlage zur Anpassung einer App der Gemeinde Altstadt zu prüfen.

Die Ergebnisse hieraus sollen dann dem Haupt- und Finanzausschuss bis zum Oktober d. J. vorgestellt werden, so dass ein schnellstmöglicher Beginn einer eigenen App für Altstadt möglich ist.

Zugleich soll überprüft werden, inwieweit in alternative zu einer Gemeinde-App die Homepage der Gemeinde Altstadt derart gestaltet werden kann, dass diese auch auf mobilen Endgeräten funktionsfähig und nutzbar ist.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

04/0061

Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen auf Einstellung der Erläuterungsberichte auf der Homepage der Gemeinde Altstadt.

Auf Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen wurde folgender Beschluss gefasst:

1. Den auf der Internetseite der Gemeinde eingestellten Tagesordnungen zu Sitzungen der Gemeindevertretung werden die entsprechenden Erläuterungsberichte hinzugefügt.

2. Gleiches gilt für die Tagesordnungen zu allen Ausschüssen. Ausgenommen zu dieser Regelung sind lediglich die aus Gründen des Datenschutzes nicht öffentlichen Tagesordnungspunkte.

Der Beschluss wurde mit 28 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen gefasst.

04/0062

Antrag der FDP-Fraktion zur Verbesserung der Verkehrssituation an den Schulen

Auf Antrag der FDP-Fraktion wurde folgender Beschluss gefasst:

Die Gemeindevertretung fordert den Gemeindevorstand auf, mit dem ADAC Hessen-Thüringen in Frankfurt in Verbindung zu treten und die Möglichkeiten einer kostenlosen Hilfestellung auszuloten, die zur Verbesserung der Verkehrssituation an den Schulen beitragen könnte.

Der Beschluss wurde einstimmig angenommen.

04/0063

Anfrage der SPD-Fraktion bezüglich der Bürgerhäuser

Frage 1: Wie sieht der aktuelle bauliche Zustand der Hallen aus?

Der aktuelle bauliche Zustand der Hallen ist gut.

Frage 2: Welche mittel- und langfristigen Investitionen sind geplant?

Folgende Maßnahmen sind mittelfristig geplant:

Dorfgemeinschaftshaus Waldsiedlung:

Anschluss an das Fernwärmenetz. Die vorhandene Heizung wird dann in die Gymnastikhalle Höchst eingebaut. Anstricharbeiten an der Fassade. Hier soll unter anderem die Fassade des alten Gebäudeteils an die Fassade des Anbaues angepasst werden. Instandsetzungsarbeiten an den Pflasterwegen.

Gymnastikhalle Höchst:

Erneuerung der Heizung/Lüftung durch Einbau der alten Heizung aus dem Dorfgemeinschaftshaus Waldsiedlung. Erneuerung der Beleuchtung mit LED-Leuchten. Neudämmung des Daches. Anstricharbeiten an der Fassade und im Innenbereich.

Bürgerhaus Lindheim:

Sanierung des Daches der Nordseite. Diverse Anstricharbeiten innen und außen. Erneuerung der Decke und Wände im Jugendraum. Erstellung eines Fahrradabstellplatzes mit Pflaster.

Altenstadthalle:

Diverse Anstrich- und Putzausbesserungsarbeiten innen und außen.

Dorfgemeinschaftshaus Heegheim:

Holzanstrich der Nebengebäude

Frage 3: Welche kurzfristigen Maßnahmen sind geplant, wie die Schimmelbeseitigung und ähnliches?

Uns ist nichts von baulich begründeten Schimmelproblemen bekannt. Wenn Schimmelprobleme vorhanden sind, sind diese ausschließlich Lüftungsbedingt.

Frage 4: Welche Auswirkungen hat die Bildung eines Hausmeisterpools bezüglich von kleineren Instandhaltungsarbeiten?

Der Hausmeisterpool existiert seit 2007. In diesem Zuge wurde eine Hausmeisterstelle eingespart. Dies wirkt sich jedoch nicht negativ auf die Durchführung von kleinen Instandsetzungsarbeiten durch die Hausmeister aus.

Frage 5: Wie viel Zeit haben die Hausmeister für kleinere Instandsetzungsarbeiten?

Dem Hausmeisterpool steht ausreichend Zeit für kleine Instandsetzungsarbeiten, wie die Anstricharbeiten oder Reparaturen, zur Verfügung.

Frage 6: Wie haben sich in den letzten 15 Jahren die Zahlen von Privatnutzungen insgesamt und je Halle verändert?

Diese ist in den letzten 15 Jahren konstant.

Frage 7: Wie hoch wäre der Mehraufwand für die Verwaltung einen Fragebogen zur Kundenzufriedenheit zu erstellen?

Dies kann nicht beziffert werden, da nicht klar ist, wie umfangreich eine Kundebefragung sein soll. Hier sollten konkret Vorschläge aus den gemeindlichen Gremien vorgelegt werden. Von Verwaltungsseite wird kein Bedarf für eine solche Kundebefragung gesehen.

Frage 8: Wie hoch wäre der Aufwand einen solchen Fragebogen mit der Rechnung zu versenden?

Außer den Kopier- bzw. Druckkosten müssten Kosten für einen Rückumschlag einkalkuliert werden. Die Frage ist, ob hier eine Online-Abfrage denkbar wäre. Hierfür müsste mit Einrichtungskosten gerechnet werden.

Frage 9: Wie hoch wäre der Aufwand die Rückläufe auszuwerten?

Auch hier wäre der Umfang der Kundebefragung maßgeblich, sowie die Rücklaufzahl der Fragebögen. Als Information wäre wichtig, welche Ziele mit einer solchen Kundebefragung erreicht werden sollen. Auch wäre eine Information wünschenswert, auf was die Anfrage zur Einrichtung einer

Kundenbefragung basiert. Wurde an die gemeindlichen Gremien Unzufriedenheit über den baulichen Zustand der Häuser oder das Personal geäußert?

04/0064

Anfrage der FDP-Fraktion zur Ladestraße in Altstadt

1. Wann ist mit einem Baubeginn und mit der Fertigstellung der Anlage zu rechnen?

Mit dem Zaunbau wurde mittlerweile begonnen, jedoch wieder zurückgestellt. Die Fläche wird als Zwischenlager für eine Schienenbaumaßnahme bei Eichen in den Herbstferien 2016 benötigt. Im Zuge der Baumaßnahme wird dann der Zaun durch die Baufirma entlang der Bahnstrecke fertiggestellt. Im Frühjahr 2017 werden die Arbeiten fortgeführt. Die Dauer der Fertigstellung ist offen. Angelegt ist das Projekt über 3 Jahre.

2. Wer wird die Arbeiten ausführen?

Die Arbeiten werden von JobGo, teilweise durch Fremdfirmen (z. B. Asphaltarbeiten), den Bauhof sowie im Auftrag der DB-Netz die Montage des Zaunes.

3. Welche Fördermittel hat der GVO für dieses Projekt aufgetan und wie hoch sind diese?

Es wurden Fördermittel beim Leader-Programm (EU-Förderprogramm für strukturschwache Regionen) beantragt. Ob und wenn ja, wie hoch die Förderung sein wird, steht noch nicht fest.

4. Wie sieht die geforderte Kostenoptimierung hinsichtlich der Unterhaltungskosten der Anlage nach der Inbetriebnahme aus?

Generell versucht die Verwaltung die Bauprojekte so zu planen und auszuführen, dass die Unterhaltungskosten optimiert sind. Bei diesem Projekt werden die Wege deshalb asphaltiert und die Bepflanzung so gewählt bzw. die Grünflächen so gestaltet, dass der Pflegeaufwand möglichst gering ist. Die Materialien für die Ausstattungen werden möglichst so gewählt, dass eine Zerstörung erschwert wird. Die Müllproblematik und der damit verbundene Aufwand sind nicht kalkulierbar.

Es wurde folgende Zusatzfrage gestellt:

Wird das Konzept zur Ladestraße, wie es ursprünglich einmal vorgelegt wurde, irgendwann entsprechend umgesetzt?

Bürgermeister Syguda antwortete, dass die Realisierung des Konzeptes mit Sicherheit schon begonnen hätte, wenn die verantwortlichen Bediensteten nicht für andere Projekte gebunden worden wären. Dies wurde auch entsprechend kommuniziert. Die Planung soll aber wie beschlossen

umgesetzt werden. Zur Anzahl der Boulebahnen erfolgt noch eine Vorlage in der Gemeindevertretung.

04/0065

Anfragen aus der Gemeindevertretung

1. Es wurde auf das Straßenfest in Lindheim vom 08. - 10. Juli 2016 hingewiesen.
2. Zu dem Besuch der Staatsministerin Frau Puttrich am 04.07.2016 wurde angefragt, für welches Projekt der Förderbescheid übergeben wird und wie hoch die Fördersumme ist.

Bürgermeister Syguda teilte hierzu mit, dass der ursprünglich angesetzte Termin am 04.07.2016 verlegt wird. Die Förderung ist aus dem KIP-Programm für die Straßenbaumaßnahmen in der Waldsiedlung.

3. Zur Flüchtlingsbetreuung in Altenstadt wurde angemerkt, dass eigentlich der Bürgermeister in der Sitzung der Gemeindevertretung einen aktuellen Sachstand abgibt und es wurde zusätzlich angefragt, wer momentan im Rahmen der Flüchtlingsbetreuung auf Seiten der Verwaltung zuständig ist.

Bürgermeister Syguda teilte hierzu mit, dass die Zahlen der neu zugewiesenen Flüchtlinge momentan stagnieren. Die Hauptaufgabe ist derzeit die Integration der hier wohnenden Flüchtlinge. Zuständig ist Herr Hbil von JJ, der zu 100 % von der Gemeinde getragen wird, Frau Schröder, Herr Imhof sowie Herr Elbert und Frau Seeger-Garbe aus dem Bereich Bauen und Umwelt.

4. Es wurde angefragt, ob der Vorfall zwischen Flüchtlingen am 22.06.2016 in der Einrichtung Hanauer Straße bekannt sei.

Bürgermeister Syguda teilte hierzu mit, dass es sich hierbei um die kreiseigene Einrichtung handele und ihm keine Hintergrundinformationen zu diesem Vorfall vorliegen.

5. Es wurde nach dem Stand der Planungen für die 1250 Jahrfeier in Altenstadt im Jahr 2017 und die Möglichkeiten einer persönlichen Einbringung angefragt.

Bürgermeister Syguda teilte hierzu mit, dass Informationen bei den Nachbarkommunen, welche ein ähnliches Jubiläum hatten, eingeholt wurden. Zudem findet am 13.07.2016 ein Termin mit den Ortsvorstehern im Rathaus statt, bei welchem die weiteren Vorgehensweise und die Einbindung der Vereine besprochen werden soll.

6. Zu dem Hinweis unter Ziff. 1 wurde noch ergänzt, dass am Sonntag, dem 10.07.2016 im Rahmen des Straßenfestes Lindheim die Lindheimer Hexen ihr 3x11-jähriges Jubiläum mit Festzug feiern.
7. Vorsitzender Seitz erinnerte an die Waldbegehung am 09.07.2016 ab 10.30 Uhr. Hierzu kann sich noch angemeldet werden.

8. Vorsitzender Seitz teilte mit, dass am 03. September 2016 der Aktionstag der Jugendfeuerwehr in Altstadt an der Altenstadthalle stattfinden wird.

9. Vorsitzender Seitz teilte mit, dass die nächste Sitzung der Gemeindevertretung am Freitag, dem 09. September 2016 um 20.00 Uhr in der Altenstadthalle stattfinden wird.

Ende der Sitzung: 22.28 Uhr

63674 Altstadt, den 04. Juli 2016



-Imhof-
Schriftführer

- Seitz -
Vorsitzender der
Gemeindevertretung

Hessische Staatskanzlei · Postfach 31 47 · 65021 Wiesbaden

Herren
Bürgermeister Norbert Syguda
Ersten Beigeordneten Erwin Kötter
Gemeindevorstand der Gemeinde Altstadt
Frankfurter Straße 11
63674 Altstadt

Gemeinde
Altstadt/Hessen

Eing. 10. JUNI 2016

Abt.:

Antwortschreiben
an V.B.
b.R.
Wi
Wiesbaden, den 9. Juni 2016

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrter Herr Erster Beigeordneter,

Nb. Herr Syguda,
Nb. Herr Kötter,

für Ihr Schreiben vom 13. April 2016, in dem Sie mich darum bitten, mich für eine Neubewertung der Ortsumfahrung Altstadt im Zuge der B 521 im Zusammenhang mit der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) 2030 durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) einzusetzen mit dem Ziel, dass das Projekt künftig wieder in den Vordringlichen Bedarf eingestuft wird, danke ich Ihnen sehr herzlich. Herr Staatsminister Al-Wazir, dem Sie das Schreiben gleichlautend ebenfalls haben zukommen lassen, hat mich gebeten, auch in seinem Namen zu antworten. Ich habe Ihr Schreiben zudem zum Anlass genommen, mich beim zuständigen Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung (HMWEVL) nach dem aktuellen Sachstand zu erkundigen. Von dort wurde mir nunmehr Folgendes mitgeteilt:

Im Hinblick auf die Aufstellung des BVWP 2030 ist zunächst festzuhalten, dass die Ortsumfahrung Altstadt im Zuge der B 521 durch das Land Hessen zur Bewertung angemeldet wurde. Der Bund hat für das Projekt die Wirtschaftlichkeit festgestellt und damit grundsätzlich die Bauwürdigkeit des Vorhabens anerkannt, dieses in der nun vorliegenden Entwurfsfassung für den BVWP 2030 allerdings zunächst nicht mehr in den Vordringlichen, sondern lediglich in die Kategorie „Weiterer Bedarf“ eingestuft. Bei einer genaueren Überprüfung der zur Projektbewer-

tung gemeldeten Daten wurde jedoch auch festgestellt, dass – offenbar verursacht durch einen Bürofehler – versehentlich inkorrekte Angaben zu dem Projekt für die Bewertung eingestellt wurden, auf die Sie in Ihrem Schreiben ja auch eingegangen sind. Nachdem dies bemerkt wurde, hat das HMWEVL das BMVI gebeten, mit den korrigierten Daten eine Nachbewertung vorzunehmen. Seitens des BMVI wurde eine solche Nachbewertung auch zugesagt.

Es bleibt nun abzuwarten, wie der Bund den Entwurf des BVWP 2030 auf Grund der eingegangenen Bedenken und Anregungen von Bürgern, Verbänden, Behörden, Kommunen und Ländern überarbeiten wird. Nach Beschluss des BVWP 2030 durch das Bundeskabinett folgt das Gesetzgebungsverfahren des Deutschen Bundestages für das Fernstraßenausbaugesetz mit dem Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen als Anlage. Der Bedarfsplan gründet sich fachlich auf den BVWP 2030. Allerdings wurden auch in der Vergangenheit im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens noch Änderungen an Projekteinstufungen vorgenommen. Letztendlich stellt erst das Fernstraßenausbaugesetz mit dem Bedarfsplan die rechtliche Grundlage für die Weiterverfolgung der Bundesfernstraßenprojekte dar.

Wie Sie diesen Ausführungen entnehmen können, hat sich das Land Hessen – wie von Ihnen erbeten – für eine Nachbewertung der Ortsumfahrung Altenstadt im Zuge der B 521 auf Basis der korrigierten Daten eingesetzt. Ich hoffe sehr, dass diese Nachbewertung nun zu dem Ergebnis führt, dass das Projekt durch den Bund wieder in den Vordringlichen Bedarf eingestuft wird.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Volker Bouffier', written in a cursive style.

Volker Bouffier